

Herfried Münkler

## Mehr als nur moralische Empörung

### Politisch-kulturelle Folgen des transatlantischen Abhörskandals

Die NSA-Affäre, die Ausspähung deutscher Bürger durch den amerikanischen Geheimdienst und die dabei gewährte Hilfestellung der deutschen Dienste, hat bei der Bundestagswahl so gut wie keine Rolle gespielt – sonst hätte die Piratenpartei eindeutig besser abschneiden müssen, als sie es getan hat. In der so genannten heißen Phase des Wahlkampfes ist die Überwachung der Internetkommunikation gegenüber anderen Themen stark in den Hintergrund getreten. Die großen Parteien sind offenbar davon ausgegangen, dass man hier keine Punkte machen konnte, und die kleineren Parteien, sowohl die Grünen als auch die Liberalen, haben eine auffällige Zurückhaltung an den Tag gelegt. Das ist umso bemerkenswerter, als es sich dabei doch um eines ihrer Kernthemen gehandelt hat. Erst die Enthüllung des Whistleblowers Edward Snowden, dass die Amerikaner auch das Handy der Kanzlerin abhörten, hat die Debattenlage in Deutschland verändert. Mit einem Schlag war daraus eine Abhöraffäre geworden, und wenn im Sommer alles bemerkenswert ruhig geblieben war, so schlugen die Wellen der Empörung jetzt hoch.

Dabei kann man nicht sagen, die Medien hätten das Thema während des Wahlkampfes im Sommer heruntergespielt – im Gegenteil: Wahrscheinlich haben sie sogar mehr darüber berichtet, als es damals interessierte Nachfrage danach gegeben hat. Blickt man auf den Verlauf der Debatte über die Ausspäh- und Abhörpraktiken des US-Geheimdienstes NSA zurück, so muss man freilich auch jetzt den Eindruck gewinnen, dass die moralische Empörung im Wesentlichen inszeniert war und dass dieses Bühnenergebnis bei den Bürgern kaum größere Resonanz gefunden hat – zunächst

war es medial inszeniert, danach politisch, weil einige Politiker davon ablenken wollten, wie unverantwortlich sie im Sommer noch aufgetreten waren, als sie das Thema herunterspielten und die Debatte für beendet erklärten. Vielleicht hat sich in der indifferenten Reaktion des Publikums weniger ein Überdruß am Thema als an der Art seiner Präsentation gezeigt. Irgendwann nämlich haben sich die Kampagnen der moralischen Empörung erschöpft, und der medial erzeugte Dauerstress der Erregtheit schlägt um in mürrische Indifferenz. Letzten Endes hat die Bevölkerung ein feines Gespür für die politische Folgenlosigkeit solcher Empörungskampagnen. Jene sind mediale Events, die für einige Zeit die Aufmerksamkeit des Publikums bündeln und dann auch wieder enden. Ihr Zweck besteht nicht in der Veränderung der politischen Agenda, sondern in der Fokussierung von Aufmerksamkeit.

Dabei sind die Probleme, die durch die Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden sichtbar geworden sind, so relevant, dass sie eine eingehende politische Debatte mit anschließenden Entscheidungen und Maßnahmen verdienten. Die vordergründige moralische Empörung hat jedoch den Zugang zu diesen politischen und technologiestrategischen Fragen verstellt. Auch wenn man nicht sogleich annehmen muss, sie sei wesentlich zu diesem Zweck in Szene gesetzt worden, so ist das doch eines ihrer Ergebnisse. Wir müssen darüber diskutieren, woher eigentlich die große Dominanz der USA in der Ausspähsoftware kommt, eine Dominanz, die offenbar so groß ist, dass man die Überwachung in Deutschland und

*Die Schlafmützigkeit der Europäer*

Europa auch dann nicht blockieren könnte, wenn man dies politisch wollte. Was fehlt, ist eben nicht nur der politische Wille, sondern es fehlt auch die technologische Fähigkeit, die NSA (und vermutlich auch deren britische Verbündete) in Deutschland und Europa blind und taub zu machen. Da könnte es sogar klug gewesen sein, über einen politischen Willen erst gar nicht zu reden, wenn von vornherein klar ist, dass sich dieser Wille anschließend bloß blamieren würde.

Aber es sind nicht nur Fragen der strategischen Ausrichtung einer europäischen Technologiepolitik, sondern auch solche der politischen Geschlossenheit der Europäer und einer gemeinsamen Ausrichtung ihrer Späh- und Abhöraktivitäten, die im Kontext der NSA-Affäre bzw. der Snowden'schen Enthüllungen aufgeworfen worden sind: Was eigentlich bedeutet es für Europa als politischen Akteur, wenn sich die europäischen Länder einzeln beim amerikanischen Geheimdienst anstellen und bitten, mitmachen zu dürfen? Die Briten haben das am offensivsten getan und gemeinsam mit den Amerikanern die europäische Internetkommunikation überwacht. Aber selbst die deutschen Dienste haben offenbar dafür, dass ihnen amerikanische Spähsoftware zur Verfügung gestellt wurde, mit Kooperationsbereitschaft und der Preisgabe von Informationen »gezahlt«. Statt einem hilflosen Gerede über das Recht auf Privatheit sollte man mehr über die technologiepolitische Schlafmützigkeit der Europäer sprechen und hier nach Abhilfe suchen. Dabei kommt jedoch ein sehr grundsätzliches Problem auf den Tisch, über das man lieber nicht reden will: das Verhältnis von strategischem Handeln, rechtlichen Sicherungen und moralischem Konsens.

Hierzulande herrscht in weiten Kreisen die Auffassung vor, wenn man etwas partout nicht wolle, dann genüge es, bestimmte Fähigkeiten nicht zu entwickeln, auf die zugehörigen Technologien zu ver-

zichten oder ihnen rechtliche Schranken vorzuschieben und sich ansonsten auf deren moralische Ächtung zu verlassen. Die Inszenierung der moralischen Empörung auf der politischen Bühne ist dieser Grundauffassung gefolgt. Ihre politische und gesellschaftliche Folgenlosigkeit stellt nun diese Grundauffassung in Frage. Die hat nämlich die Reichweite von rechtlichen Schranken und moralischen Ächtungen falsch eingeschätzt; sie hat – naiv, wie man sagen muss – unterstellt, dass das eigene Staatsgebiet im Zeitalter des Internet eine relevante Größe politischen Agierens und rechtlicher Regelungen sei. Der häufiger zu hörende Verweis auf die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland hat diese Naivität erkennbar gemacht. Dabei war sie nicht so sehr von den fortbestehenden amerikanischen Sonderrechten in Deutschland betroffen als durch die Vorstellung gekennzeichnet, das Territorium eines Staates sei in dieser Frage eine relevante Regelungsgröße. Der Geltungsraum von Angriffsverzicht dürfte auch das eigentliche Problem bei dem jetzt ins Gespräch gekommenen No-Spy-Abkommen mit den USA sein. Eigentlich ist es eine Binsenweisheit des Internet-Zeitalters, die aber in der Politik noch nicht so recht angekommen ist: dass der Raum, den man regulieren will und muss, nicht mehr entlang von Territorialität gedacht werden kann.

Offenbar sind die im Zusammenhang mit der NSA-Affäre aufgetauchten Herausforderungen keine, die mit den Mitteln der Administration und der Moralkommunikation zu bearbeiten sind.

Vielmehr fallen sie in den Bereich des strategischen Handelns, und das heißt, dass man sich durch den Verzicht auf die Entwicklung von Fähigkeiten und ein Regime von Verboten, wenn man dieses nicht global durchsetzen kann, nur selbst hilf- und wehrlos macht. Hier nämlich gilt, dass nur wer zur Ausspähung anderer in der Lage ist, auch über die Fähig-

*Überzeugungen haben ihren Preis*

keit zur Abwehr von Ausspähung durch andere verfügt. Strategisches Handeln heißt, dass man davon ausgehen muss, andere nur zum Verzicht auf den Einsatz von Fähigkeiten bringen zu können, wenn man selbst über diese Fähigkeiten verfügt und reziprok darauf verzichtet, diese gegen die anderen einzusetzen. Wer hier nichts zu bieten hat, ist aus dem Spiel bzw. muss sich wohl oder übel dem fügen, was andere über ihn beschließen.

Ein gründliches Durchdenken der NSA-Praktiken in Deutschland sollte dazu führen, dass wir bestimmte Überzeugungen, in denen wir es uns bequem gemacht haben, zumindest überprüfen, wenn nicht infrage stellen. Vor allem müssen wir uns über die Kosten verständigen, die zu tragen mit diesen Überzeugungen verbunden ist – und die enden keineswegs beim Recht auf Privatheit, sondern schließen Fragen der nationalen Sicherheit sowie der Industriespionage mit ein. Für eine solche Debatte war die bundesdeutsche Gesellschaft – noch – nicht reif. Man muss hoffen, dass die politischen Entscheidungsträger inzwischen etwas weiter sind und damit beginnen, über Projekte zur Abwehr von Ausspähung jenseits moralischer Empörung nachzudenken. Womöglich ist es sinnvoll, die Debatte über das Verhältnis von Privatheit und Sicherheit erst dann zu führen, wenn der eigene Staat nicht derart düpiert dasteht wie in der NSA-Affäre und Gegen-

maßnahmen als eigene Option ins Gespräch bringen kann.

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, über den man in diesem Zusammenhang nachdenken muss, und das sind die Voraussetzungen dafür, dass Europa irgendwann einmal als ein ernstzunehmender politischer Akteur auftreten kann. Ohne gemeinsame Fähigkeiten zum Ausspähen anderer und zur Abwehr einer solchen Ausspähung, also eine genuin europäische Kontrolle der Internetkommunikation, wird das nicht möglich sein, weil die Kosten beim Aufbau solcher Fähigkeiten die finanziellen Möglichkeiten eines jeden Einzelstaates übertreffen würden. Diesen Umstand haben sich die US-Amerikaner ja bislang zu nutzen gemacht. Damit aber geht es nicht nur um eine Frage der Fähigkeiten, sondern auch um den gemeinsamen Willen, und da stellt sich die Frage, ob die Briten dazu bereit sind oder sich doch bloß als Juniorpartner und verlängerter Arm der USA in Europa verstehen. An der Beantwortung dieser Frage dürfte sich, wenn es einem mit Europa ernst ist, viel entscheiden. Unter anderem wird es dann um die Frage gehen, wem die britischen Loyalitäten gehören. Solange das nicht geklärt ist, wird Europa ein strategischer Krüppel bleiben. In diesem Sinne hat die Aufarbeitung der NSA-Affäre und der von Edward Snowden gelieferten Informationen noch gar nicht begonnen.



**Herfried Münkler**

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität in Berlin. Zuletzt bei Rowohlt Berlin erschienen: *Die Deutschen und ihre Mythen*.

herfried.muenkler@rz.hu-berlin.de